

# positionieren

## Olympische Sommerspiele 2032 in der Region Rhein- Ruhr?

Positionspapier des BUND NRW e.V.

In der privatwirtschaftlichen Initiative „Rhein Ruhr City“ sehen zahlreiche Vertreter\*innen von Landespolitik und Kommunen die Chance, die Olympischen Sommerspiele 2032 an Rhein und Ruhr zu holen. Versprochen wird ein ökonomisch und ökologisch nachhaltiges Konzept. Durch die möglichen Olympischen und Paralympischen Spiele könnten für NRW essenzielle Zukunftsthemen wie die vernetzte Mobilität, Digitalisierung und künstliche Intelligenz, sowie die Nachhaltigkeit und Smart City entscheidend vorangetrieben werden. Doch was ist an den Versprechungen dran? Der BUND legt hiermit eine kritische Analyse vor.

## Olympische Sommerspiele greifen als größtes Sportevent der Welt in die lokalen Strukturen ein, sind aber weder demokratisch noch nachhaltig.

Das Internationale Olympische Komitee für die Olympischen Spiele (IOC) hält die Markenrechte an den Olympischen Ringen und verleiht das Austragungsrecht für die größte Sportveranstaltung der Welt. Die zweieinhalb Wochen dauernden Spiele mit 17.500 Athleten werden von Mal zu Mal gigantischer und teurer. Neben dem IOC profitieren vor allem die Sponsoren und große Unternehmen, die lukrative Aufträge erhalten oder mit dem olympischen Logo werben. Es überrascht nicht, dass Michael Mronz als Sportvermarkter die Olympischen Sommerspiele 2032 nach NRW holen will. Er gilt als Initiator für die mögliche Bewerbung der Rhein-Ruhr-Region für die Spiele. Um die Bevölkerung von Kosten und Ausmaß des Spektakels abzulenken, spricht er von "nachhaltigen" Spielen, dass durch sie auch der Breitensport gefördert werde, weil die olympischen Sportstätten nach den Spielen dem Sport zur Verfügung stünden und so die Menschen noch lange etwas davon hätten, wenn die Spiele in NRW stattfinden. Das immer weiter ausgeweitete Wettkampfprogramm und die dafür benötigten Sportstätten sind aber alles andere als nachhaltig. Es gibt keine nachhaltigen Olympischen Spiele, obwohl das IOC gelegentlich versucht die selbst verursachte Gigantomanie einzudämmen.

## Olympische Spiele sind in Zeiten von Klimawandel und Artensterben ein Anachronismus und verursachen große Umweltschäden.

Die Gesamtbilanz der bisherigen Olympischen Spiele ist unter Umweltgesichtspunkten verheerend. Statt deswegen die Bedingungen und das gigantische Wachstum

zu ändern, begann das IOC die Spiele mit einem PR-Trick grün umzufärben und vom Olympischen Vermächtnis zu sprechen. Im Nachklang zu den letzten Olympischen Sommerspielen 2016 in Rio de Janeiro bleibt folgendes festzustellen: die Verkehrsbelastung hat sich für ein paar Privilegierte verbessert und für die große Mehrheit der Bevölkerung bestenfalls nicht verschlechtert. Die zugesagte Reduzierung der Gewässerverschmutzung in der Guanabara-Bucht, wo die olympischen Segelwettbewerbe stattfanden, ist ausgeblieben. Dafür wurde der Olympische Golfplatz in einem Naturschutzgebiet gebaut.

Sollten die Olympischen Spiele in der Rhein-Ruhr Region stattfinden, sind u.a. der Bau eines neuen Olympiastadions mit Leichtathletikbahnen und einem Fassungsvermögen von etwa 80.000 Zuschauer\*innen, für das nach den Spielen kein Bedarf mehr besteht, des Olympischen Dorfes mit einem Flächenbedarf von bis zu 58 Hektar und des Mediacenters zwingend erforderlich. Detaillierte Unterlagen hierzu liegen aber noch nicht vor.

Bekannt ist dagegen die geplante Errichtung einer weiteren großen Sportstätte und zwar in Krefeld. Dort soll auf einer Fläche von mindestens 10 Hektar im Bereich zwischen dem Elfrather See und der Asberger Straße bzw. Parkstraße eine professionelle gewerbliche Surfanlage mit ergänzenden Sport- und Freizeitangeboten gebaut werden, teilweise im Landschaftsschutzgebiet und auf Erholungsflächen. Der Elfrather See mit angrenzendem Gebiet dient jedoch dem Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen. Im umliegenden Gelände kommen planungsrelevante schutzbedürftige Brutvogelarten wie Nachtigall, Flussregenpfeifer und Kiebitz vor, die keine Ausweichmöglichkeiten auf andere Biotope haben. Durch den Bau der Surfanlage werden die aus Klimaschutzgründen wichtigen Kaltlufteinwirkungsbereiche der Grünflächen um den See beeinträchtigt und bisherige Versickerungsflächen für Niederschläge versiegelt. Dadurch verringert sich der Eintrag in das Grundwasser, obwohl bereits für das erstmalige Befüllen des Beckens der Surfanlage etwa 25.000 Kubikmeter Grundwasser erforderlich sind.

Das Beispiel passt deswegen ins Bild, weil bei den anste-

henden Olympischen Sommerspielen in Japan Surfen als olympische Disziplin mit aufgenommen wird.

In Dormagen gibt es am Ufer des Straberg-Nievenheimer Sees Planungen für eine Wildwasserkanu-Anlage, die olympischen Standards entspricht mit einem großen Energie- und Flächenbedarf in einem ökologisch wertvollen Gebiet. Es sind Kanäle von 270 bis 440 m Länge vorgesehen. Hinzu kommen die Verkehrsinfrastruktur und der Bau von Parkplätzen.

## Grundlegende Prinzipien der Olympischen Charta werden nicht beachtet.

In der Olympischen Charta vom 7. Juli 2007 wird der Olympismus als eine Lebensphilosophie bezeichnet. Durch die Verbindung des Sports mit Kultur und Bildung zielt er darauf ab, eine Lebensart zu schaffen, die auf der Freude an Leistung, auf dem erzieherischen Wert des guten Beispiels sowie auf der Achtung universell gültiger fundamentaler ethischer Prinzipien aufbaut. Der Sport soll in den Dienst der harmonischen Entwicklung des Menschen gestellt werden, um eine friedliche Gesellschaft zu fördern, die der Wahrung der Menschenwürde verpflichtet ist. Waren die Olympischen Spiele ursprünglich eine rein sportliche, völkerverbindende Idee, so ist daraus leider schon lange eine durch und durch kommerzielle Angelegenheit geworden.

## Die Steuerzahler haften für die Olympischen Spiele.

Obwohl das IOC 2018 sein Bewerbungsverfahren etwas modifiziert hat, blieb der umstrittene sogenannte Host-City-Vertrag unangetastet. Dieser verlangt als ausgesprochener Knebelvertrag von den Ausrichtern umfangreiche Finanzgarantien und bürdet den Städten das gesamte finanzielle Risiko auf. Das wäre auch bei der Region Rhein-Ruhr der Fall. Bei auftretenden Finanzproblemen zahlen die Austragungsorte entstandene Schulden über viele Jahre hinweg ab. Im Durchschnitt liegen die Kosten Olympischer Spiele 156 Prozent höher als veranschlagt!

Die Verpflichtung der Veranstaltungsorte, alle Kostenüberschreitungen der Spiele zu tragen, führt offensichtlich geradezu zwangsläufig dazu, dass die Kosten am Ende weit höher liegen als ursprünglich kalkuliert. Hinzu

kommen jahrzehntelang hohe Kosten für den weiteren Betrieb und den Unterhalt der Anlagen. Von den Kosten einer Sportanlage entfällt nur ein Teil auf die Investition, der Großteil entsteht später, z.B. für Instandhaltung und Modernisierung.

Wohin es führt, wenn diese Kosten nicht aufzubringen sind, zeigen etwa die schon lange nicht mehr benutzbaren Anlagen in Athen oder auch in Rio. Durch den immensen Finanzaufwand stimmt die Behauptung nicht, dass die Spiele auch dem Breitensport dienen. Anlagen für den Hochleistungssport sind nicht für den Breitensport geeignet und die dafür aufgewendeten Finanzmittel fehlen dann an anderer Stelle.

## 90 Prozent der benötigten Sportstätten bereits vorhanden?

Fast alle olympischen Bewerbungen beginnen mit der Behauptung, dass ein Großteil der Sportstätten bereits vorhanden sei. So sind an Rhein und Ruhr angeblich 90 Prozent der benötigten Sportstätten bereits heute vorhanden. Die meisten sind aber sanierungsbedürftig und entsprechen in Größe und Ausstattung nicht olympischen Standards. Sie müssten also erst aufwendig erweitert und modernisiert sowie eine Vielzahl der Sportanlagen neu angelegt und mit einer aufwendigen Verkehrs- und Sicherheitsinfrastruktur ausgestattet werden.

## Vorgeschriebene Kapazitätsmaße für Wettkampfstätten erschweren Folgenutzung.

Der Zielkonflikt zwischen den vom IOC vorgeschriebenen Kapazitätsmaßen für Wettkampfstätten und andere Einrichtungen und den Möglichkeiten einer Folgenutzung sind mit Nachhaltigkeitsaspekten unvereinbar. Hierzu zählen auch Anforderungen über die Qualität der Erschließung im internationalen und nationalen Individualverkehr, vor allem Flughäfen, Autobahnen und Parkflächen. Die zentrale Forderung nach einer sinnvollen Nachnutzung aller Anlagen darf auch nicht dadurch umgangen werden, dass ein Teil der Kapazität, dessen Nachnutzung nicht gewährleistet ist, als „temporäre“ Bauten errichtet, die nach den Wettkämpfen wieder beseitigt

werden. Auch für solche „temporäre“ Kapazitäten ist der finanzielle Aufwand zu berücksichtigen und die Nachnutzung der „temporären“ Bauteile nachzuweisen.

Für den Zuschauerbereich ist es nicht akzeptabel, die Kapazitäten am Zuschauer\*innenzuspruch der zweieinhalbwöchigen Olympischen Spiele auszurichten, wenn diese hinterher nicht mehr benötigt werden. Vor allem das für Olympische Spiele vorgeschriebene Nebenraumprogramm (Presserräume, Räume für Trainer\*innen, Ärzt\*innen, Offizielle, für Dopingproben etc.) sowie große Teile der Bereiche für Zuschauende werden für eine Breitensportorientierte Folgenutzung nicht benötigt und stehen daher leer oder müssen rückgebaut werden.

Für Olympische Spiele und eine Breitensportliche Nutzung gelten sehr unterschiedliche Anforderungen an den Standort. Zum einen betrifft das die Erreichbarkeit für die internationalen Gäste, also die Nähe zu Flughäfen, Bahnhöfen und Autobahnen sowie zu den Hotels, zum anderen sind wohnungsnahe Sportstätten, die leicht ohne Auto erreichbar sind, die beste Lösung. Eine Folgenutzung ist zudem bei Anlagen für Sportarten schwierig, die in der betreffenden Region keine oder nur wenige Nutzer finden. Schlechtes Beispiel ist etwa die sehr teure und durch die Kühlung umweltbelastende Bob- und Schlittenbahn der ansonsten als „grün“ gepriesenen Winterspiele in Lillehammer. Dort werden heute Tourist\*innen in Holzkisten die Bahn hinuntergefahren.

## Durchführung der Olympischen Spiele am selben Ort als nachhaltige Lösung.

Ein tatsächlich schon eher nachhaltiges Konzept für Olympische Spiele wäre die Durchführung immer am selben Ort und im gleichen Land. Es ist alles andere als nachhaltig, alle vier Jahre einen Wettbewerb um die Ausrichtungsorte auszurichten, um irgendwo auf der Welt Sportstätten zu schaffen, die später nicht mehr benötigt werden, mit den bekannten schädlichen Auswirkungen für Natur und Umwelt und auf den Lebensstandard der örtlichen Bevölkerung.

## Olympische Spiele als Motor für Infrastrukturprojekte überflüssig.

Die Initiatoren in NRW wollen die Spiele dafür nutzen, Fördermittel des Bundes für Mobilität und Digitali-

sierung zu erlangen. Da der Zeitpunkt der Olympischen Sommerspiele 2032 feststeht, gäbe es ein Zieldatum für die Fertigstellung von Infrastrukturprojekten. Ohne solche Zeitvorgaben würden wir in Deutschland bei vielen Projekten hinterherhinken. Der öffentliche Nahverkehr in München profitiere bis heute vom Bau der U- und S-Bahn für die Olympischen Spiele 1972 (die bereits vor Beginn des Zuschlags beschlossen und geplant waren).

Zur Eindämmung der Corona-Pandemie werden jedoch bis Ende 2021 mindestens 250 Milliarden Euro öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt, darunter auch zur Verbesserung von Mobilität und Digitalisierung. Zudem wird NRW aus den beträchtlichen Finanzmitteln zur Umsetzung des Green Deal der EU profitieren.

Olympische Spiele sind als Antrieb für den Ausbau der Infrastruktur in NRW überflüssig. Der Ausbau der Infrastruktur erfolgt sinnvoller in Anpassung an den regionalen Bedarf als durch die Erfüllung der Anforderungen an ein Großevent mit seinen Profiteuren.

## Durchführung einer Strategischen Umweltprüfung ist zwingend.

Genauso wie die Ermittlung der voraussichtlichen Kosten der geplanten Olympischen Sommerspielen 2032 in der Region Rhein-Ruhr erforderlich ist, gilt es, durch eine Strategische Umweltprüfung (SUP) frühzeitig, systematisch und transparent die Umweltauswirkungen der Olympischen Sommerspiele 2032 Rhein-Ruhr zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. Es geht um die erheblichen Auswirkungen auf Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt; auf Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft; auf Kultur und sonstige Sachgüter sowie die Wechselwirkungen zwischen den genannten Schutzgütern.

Ausgenommen von einer SUP-Pflicht sind lediglich Pläne und Programme, die ausschließlich Zielen der Verteidigung oder des Katastrophenschutzes dienen sowie Finanz- und Haushaltspläne.

*Beschlossen vom BUND-Landesvorstand am 16. Februar 2021.*

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Bund für Umwelt  
und Naturschutz Deutschland  
Landesverband  
Nordrhein-Westfalen e.V.  
Merowingerstr. 88  
40225 Düsseldorf  
Tel.: 0211/302005-0  
Fax: -26,  
e-Mail: [bund.nrw@bund.net](mailto:bund.nrw@bund.net)

### V.i.S.d.P.:

Holger Sticht, Landesvorsitzender

### Autoren:

Dr. Helmut Röscheisen,  
Dr. Hans Jägemann,

### Redaktion:

Dirk Jansen

### BUND-Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln  
BLZ: 370 205 00  
Konto-Nr. 8 204 700

Nachdruck oder sonstige  
Verwertung nur mit  
Genehmigung des  
BUND NRW e.V.

### Der BUND im Internet:

[www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de)

Düsseldorf, Februar 2021



Werden Sie aktiv im BUND  
oder unterstützen Sie unsere Arbeit  
durch eine Spende:  
Konto 8 204 700, BLZ 370 205 00,  
Bank für Sozialwirtschaft (Köln)

**Mehr Infos:**  
**[www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de)**